

## **BRIEFING PAPER** WHISTLEBLOWER PROTECTION IN THE EU

# Whistleblowing und Schutz von Hinweisgebern in Deutschland

### Einführung

Deutschland hat kein ausgewiesenes Whistleblower-Gesetz. Whistleblowerfälle wie der von Altenpflegerin Brigitte Heinisch, die ihre Klage gegen ihre unrechtmäßige Kündigung bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte trug, haben entsprechende politische Debatten angefangen. Trotzdem hat Deutschlands politische Führung in den vergangenen Jahren mehrere Gesetzesentwürfe abgelehnt.

Zurzeit sind ausschließlich Regierungsangestellte, die Vorfälle von Korruption melden, unter sehr engen Umständen vor Vergeltungsmaßnahmen geschützt. In anderen Fällen müssen Whistleblower Schutz und Entschädigung bei den Gerichten suchen. Diese sahen in der Vergangenheit jedoch oft die Loyalitätspflicht eines Angestellten über dessen Recht auf freie Meinungsäußerung.

### Gesetze, Institutionen und Verfahrensweisen

Ohne einen gesetzlichen Rahmen fehlt es in Deutschland ebenso an Institutionen oder Mechanismen, Meldungen über Missstände zu empfangen und zu bearbeiten, wie auch Hilfestellung an Hinweisgeber zu leisten. Whistleblowing ist im deutschen Recht nicht definiert.

Whistleblower können sich in der Theorie vor allem auf einzelne Regelungen im Kündigungsschutzgesetz berufen, nach dem „sozial ungerechtfertigte“ Kündigungen strafbar sind. In der Praxis jedoch haben Gerichte mit Verweis auf Loyalitäts- und Verschwiegenheitspflicht gegenüber dem Arbeitgeber oft gegen die Interessen von Hinweisgebern entschieden.

Die konservativen Regierungsparteien haben sich in den vergangenen Jahren immer wieder einem ausgewiesenen Hinweisgeberschutzgesetz entgegengestellt mit der Begründung, die Gesetzgebung biete ausreichenden Schutz für Whistleblower.

Eine wachsende Zahl an Unternehmen hat mittlerweile interne Meldesysteme in Betrieb genommen, die jedoch keinen bindenden, nationalen Standards unterliegen.

### Letzte oder laufende Initiativen und Trends

Jüngste Anstrengungen der sozialdemokratischen, grünen und linken Parteien, den Hinweisgeberschutz in Deutschland gesetzlich zu fördern, waren wenig erfolgreich. Auf zivilgesellschaftlicher Ebene hat allein die Solidaritätsbewegung für Whistleblower Edward Snowden gewisse Unterstützung erhalten. Eine öffentliche Debatte zum Thema Hinweisgeberschutz existiert nicht, und wenige Medien berichten eingehend über etwaige Fälle.

Obwohl Deutschland sich im Rahmen verschiedener internationaler Abkommen zur Einführung eines Schutzmechanismus verpflichtet hat, wird zurzeit kein signifikanter Richtungswechsel erwartet.

Auf ihrer Frühjahrskonferenz im brandenburgischen Nauen im Juni 2016 forderten die Bundesjustizminister stärkeren Hinweisgeberschutz auf Bundesebene.

## Fälle

Deutschlands bekannteste Whistleblowerin ist Brigitte Heinisch. Die Altenpflegerin war 2005 fristlos entlassen worden, nachdem sie die Staatsanwaltschaft über mangelhafte Pflegestandards in einem Vivantes-Pflegeheim in Berlin informiert hatte. Versuche, ihre Bedenken intern zu äußern, waren nicht erfolgreich. Nachdem sie vor verschiedenen Instanzen gegen ihre ungerechtfertigte Kündigung geklagt hatte, wandte sie sich an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. 2012 entschied das Gericht, dass Heinischs Recht auf freie Meinungsäußerung nach Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt worden war, und gewährte ihr einen Schadensersatz in Höhe von 90 000 €.

Im Jahr 2007 führten Offenlegungen des Whistleblowers Mirosław Strecker zum „Gammelfleischskandal“. Der Lastkraftfahrer hatte die Behörden über die Verarbeitung von Fleischabfällen in einer bayrischen Firma informiert. Zwei Angestellte wurden entlassen. Strecker selbst wurde nach seinen Enthüllungen gedrängt, seine Stelle aufzugeben. Sein Eingreifen jedoch erhielt hohes Ansehen in der Öffentlichkeit, und er wurde mit vier verschiedenen Auszeichnungen für seine Zivilcourage belohnt.

Die dringende Situation, mit der viele Whistleblower in Deutschland konfrontiert werden, lässt sich auch am Beispiel eines neueren Falles aus Bayern illustrieren. Im Jahr 2015 reichte ein Angestellter eines staatlichen Wasseraufbereitungsunternehmens in der Umgebung von München Beschwerde gegen den Leiter des Unternehmens ein. Während dieser auf Basis der Informationen des Hinweisgebers nicht nur suspendiert, sondern gegen ihn auch ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde, kämpft der Whistleblower nach wie vor um seine Existenz: Er wurde entlassen, blieb erfolglos in dem Versuch, gegen seine Kündigung zu klagen, und ist bis heute arbeitslos.

## Daten und Statistiken

Da es in Deutschland keine Institution gibt, die Hinweisgeberfälle verfolgt, ist die Anzahl jährlicher Fälle nicht bekannt.

## Öffentliche Wahrnehmung

Nach Angaben des Whistleblower Netzwerk e.V. gibt es keine verlässlichen Daten über die Wahrnehmung des Whistleblowing in Deutschland. Die Organisation weist darauf hin, dass Whistleblowing vor allem in der älteren Generation aus historischen Gründen mit einer Kultur des Denunziantentums in Verbindung gebracht wird. Jüngere Generationen scheinen Hinweisgebern und ihren Enthüllungen offener gegenüberzustehen.

Ein Bericht von 2002 kam zu dem Schluss, dass Angestellte in Deutschland mit Schikanen und Belästigungen rechnen, wenn sie in ihrem Arbeitsplatz auf Missstände hinweisen.

## Kapazitäten und Kompetenzzentren

Nur wenige zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland setzen sich mit der Situation von Hinweisgebern auseinander. Führende Kräfte sind der Verein Whistleblower Netzwerk, der Fälle verfolgt und Hinweisgeber unterstützt, sowie die internationale NGO Blueprint for Free Speech, die auf Whistleblowerschutz und freie Meinungsäußerung spezialisiert ist.

The contents of this paper were created by the not-for-profit organization Blueprint for Free Speech.

© 2018 Blueprint for Free Speech

All rights reserved. If you would like to reproduce any part of this report, we welcome you to contact us. [www.blueprintforfreespeech.net](http://www.blueprintforfreespeech.net)